

# Protokollauszug

## aus der

### 107. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses vom 09.04.2014

---

öffentlich

#### **Top 3.1 Sachstandsbericht**

Frau Dr. Magdowski erläutert, dass die Sanierungsarbeiten an der Schwimmhalle wie geplant vorangehen. Zudem würden parallel Gespräche mit der Landesbausparkasse über die Flächen jenseits des Stadions geführt, um für einen unvorhergesehenen Notfall Ausweichflächen vorzuhalten.

Frau Runge berichtet, dass die Arbeiten an den Abhängepunkten der Schwimmhalle fast vollständig abgeschlossen seien. Einer Freigabe der Halle wie vorgesehen Ende Mai stehe somit nichts im Wege.

Bezüglich der Leichtathletikhalle gebe es ein neues Problem, so dass aus Gründen des Brandschutzes die gesamte Dämmung ausgetauscht werden müsse. Bei der Sanierung im Jahr 2000 sei eine Kunstfaserdämmwolle aufgebracht worden, die jedoch nicht den brandschutztechnischen Erfordernissen entspreche und daher durch eine nicht brennbare Mineralwolle ersetzt werden müsse.

Anschließend berichtet der durch die Stadt beauftragte Sachverständige, Herr Steinhäuser, über die Ergebnisse seiner Prüfung der Planungsprozesse aus der Zeit der Errichtung sowie der Sanierung der Hallen. Für die Schwimmhalle lägen alle erforderlichen Nachweise der Sanierungsarbeiten vor, so jedoch nicht für die Leichtathletikhalle.

Er führt aus, dass das Dach der Leichtathletikhalle nicht wie ursprünglich geplant neu eingedeckt, sondern aus Kostengründen nur eine zusätzliche Dachdämmung aufgebracht worden sei. Dadurch erhöhe sich die Traglast der Dachkonstruktion um  $26 \text{ kg/m}^2$ , was eine zusätzliche Traglast des Daches von 200 Tonnen zur Folge habe. Weiterhin geben die Protokolle aus dem Jahr 2001 nur Aufschluss über die Kosten der Maßnahme, nicht aber Informationen zu Mehrbelastungen.

Herr Steinhäuser führt aus, dass es Aufgabe des beauftragten Generalplaners gewesen wäre, die Statik der Halle neu zu berechnen. Eine Kompensation der Mehrbelastung im Innenraum wurde nicht durchgeführt und wäre laut Herrn Steinhäuser auch kaum möglich gewesen.

Zudem erfülle die Halle durch das falsch aufgebrachte Dämmmaterial auch nicht mehr die brandschutztechnischen Erfordernisse, weshalb es notwendig sei, die ursprünglich genehmigte Dachkonstruktion unter Verwendung des richtigen Dämmmaterials wieder herzustellen.

Auf Nachfrage von Herrn Menzel führt Frau Krusemark aus, dass es sich bei dem Gutachten von Herrn Steinhäuser um ein Parteigutachten handle. Das Gericht wird im Feststellungsverfahren einen eigenen Gutachter beauftragen. Weiterhin führt sie aus, dass zwischenzeitlich der Widerspruch des Generalplaners bei Gericht eingegangen sei. Eine renommierte Kanzlei werde noch in dieser Woche damit beauftragt, eine strafrechtliche Prüfung vorzunehmen.

Herr Menzel fragt weiter, ob bereits ein Gutachter des Gerichtes feststehe und ein Termin anberaumt sei. Weiterhin möchte er wissen, ob in der Verwaltung Protokolle gefunden wurden, die belegen, dass der Bauherr dem Verfahren des Generalplaners zugestimmt habe.

Frau Krusemark antwortet, dass ein Gutachter feststehe und bereits ein kurzfristiger Termin anberaumt sei. Sie wird den Namen des Gutachters jedoch nicht bekannt geben, um diesen in sei-

ner Arbeit nicht einzuschränken. Weiter führt sie aus, dass ihr keine Protokolle bekannt seien, aus denen hervorgehe, dass der Bauherr diesem Vorgehen zugestimmt habe. Zudem berichtet Herr Dr. Erdmann auf Rückfrage, dass die Stellungnahme der Gegenseite eine reine Zurückweisung von Vorwürfen sei und keine Beweise bzw. Gegenargumente vorgelegt wurden.

Auf Nachfrage von Herrn Berndt führt Herr Steinhäuser aus, dass er ausschließlich Unterlagen der Stadtverwaltung geprüft habe und keine Unterlagen Dritter. Die Frage von Herrn Heinzl, ob der Generalplaner weitere Bauten in Potsdam und Umgebung betreut habe, könne er nicht beantworten, so Herr Steinhäuser.

Der Oberbürgermeister fasst die Diskussion abschließend zusammen und ergänzt, dass das Beweissicherungsverfahren weitergeführt werde. Weiterhin führt er aus, dass das Gutachten von Herrn Steinhäuser sowie die Stellungnahme der Verwaltung den Hauptausschussmitgliedern umgehend nach Fertigstellung vorgelegt werden.